
Presseinformation Nr. 1259

7. Oktober 2008

LAURISCHK:
**Bundeseinheitliches Anerkennungsverfahren statt
Zuständigkeitsdschungel**

BERLIN. Zur Forderung der Integrationsbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden nach verbesserter Anerkennung von Berufsabschlüssen von Zuwanderern erklärt die Sprecherin für Integration und Migration der FDP-Bundestagsfraktion Sibylle LAURISCHK:

Es ist höchste Zeit, dass die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung zu einer verbesserten Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen aufruft. Dann muss sie aber auch so konsequent sein, ein bundeseinheitliches Verfahren durchzusetzen, das allen Zuwanderern verlässliche Maßstäbe für ihre Integration im Arbeitsmarkt bietet.

Längst ist bekannt, dass die restriktive Anerkennungspolitik das Frusterlebnis Nr.1 für Zuwanderer, vor allem für Spätaussiedler darstellt. Unsere Gesellschaft ist zunehmend auf qualifizierte Zuwanderer angewiesen. Deren Kenntnisse müssen wir erschließen. Das Festhalten an den begrenzten Mitteln des Bildungsföderalismus greift zu kurz. Eine Clearingstelle würde den Zuständigkeitsdschungel weiter wuchern lassen, anstatt ihn zu lichten. Nur ein bundeseinheitliches Anerkennungsverfahren schafft Klarheit und setzt das Signal, dass Integration ernst genommen wird.

Verantwortlich:
**DR. CHRISTOPH
STEEGMANS**

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de